

Unsere Fragen:

1. Weltweit engagieren sich Menschen dafür, die Gefahr der atomaren Vernichtung zu besiegen und die die Zukunft der Menschheit zu sichern. Die Stadt Köln ist seit 1985 Mitglied der „Mayors for Peace“, der Bürgermeister für den Frieden, und hat im März 2019 den Städteappell für den Beitritt der BRD zum 2017 beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen unterzeichnet.

Die Bundesregierung weigert sich dagegen weiterhin, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, die Verteidigungsministerin will stattdessen Milliarden für die Anschaffung neuer atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge ausgeben. Weiterhin sind US-Atomwaffen in Büchel, circa 100 Kilometer von Köln entfernt, gelagert.

Was wollen Sie unternehmen, um von Köln aus weiter für eine Welt ohne Atomwaffen zu wirken?

*Wollen Sie als Bürgermeister*in für den Frieden zusammen mit dem Stadtrat dafür eingreifen, dass die US-Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden?*

Ich trete dafür ein, Kommunen eine kommunale Außenpolitik zu ermöglichen. Das halte ich in der Frage der Aufnahme von Geflüchteten über die gesetzlich festgelegte Zahl hinaus für wichtig. Es würde auch bedeuten, dass Stadträte ihre Stadt künftig zur „Atomwaffenfreien Zone“ erklären könnten. Solche symbolischen Aktionen schaffen Aufmerksamkeit und sind ein kraftvolles Zeichen dafür, dass atomare Bewaffnung nicht mehrheitsfähig ist.

Ich werde mir auch als Bürgermeister das Recht nehmen, gegen Atomwaffen zu demonstrieren und dabei alle legalen Widerstandsformen auszuschöpfen. Und dazu würde ich auch meine Ratskolleg/innen ermuntern.

2. Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft haben den Appell „Abrüsten statt Aufrüsten“ initiiert, den mittlerweile über 170 000 Personen unterzeichnet haben. Darin heißt es unter anderem:

„Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“ (<https://abruesten.jetzt/>)

Wie beantworten sie den Widerspruch zwischen der weiterhin forcierten Steigerung der Militär- und Rüstungsausgaben und dem Erfordernis einer auskömmlichen Finanzierung kommunaler Daseinsvorsorge?

Sehen sie sich in der Verantwortung in dieser bundespolitischen Frage einzugreifen?

Die Unterfinanzierung der Kommunen sollte ein großes Thema für alle engagierten Kommunalpolitiker sein. Meine Partei hat den Zusammenhang von Rüstungsausgaben, den dazu vorgenommenen Kürzungen im Sozialbereich und den dadurch gleichzeitig angestiegenen Sozialausgaben (mangelnde und schlechte Bildung, mehr Geflüchtete durch Krieg etc.) oft aufgegriffen und skandalisiert.

Ein Oberbürgermeister hat hier natürlich viel mehr Möglichkeiten, Bündnisse in Gremien wie dem Deutschen Städtetag zu schmieden. Diese Möglichkeit würde ich gerne wahrnehmen.

3. Die Stadt Köln hat erneut die Patenschaft für die „Korvette Köln“ übernommen und knüpft damit an die kolonialen und militaristischen Traditionslinien von den Kriegsschiffen der

Kaiserlichen Marine und der Wehrmacht mit den Namen „Köln“ bzw. „Cöln“ sowie die damaligen expansiven Kriegsziele an.

Was halten sie davon, einen Bruch mit dieser militaristischen Tradition zu vollziehen, die Patenschaft für das Kriegsschiff zu beenden und stattdessen eine Patenschaft für ein Schiff der Seenotrettung zu übernehmen?

Ich bin ebenso wie DIE LINKE dagegen, dass die Stadt sich positiv auf Waffen bezieht. Eine Patenschaft mit einem Kriegsschiff halte ich für verwerflich, weil es Stolz und Verbundenheit mit dieser Tötungsmaschinerie ausdrückt. Aus diesem Grund lehne ich auch die sog. Traditionspflege mit Ehrungen und Denkmälern bezogen auf militärische Einsätze ab. Folgerichtig hat DIE LINKE 2006 die Restaurierung und Pflege eines Kutterwracks des Kreuzers Cöln, das immer noch in der Eigelsteintorburg hängt, abgelehnt, übrigens als einzige der damals im Rat vertretenen Fraktionen.

Stattdessen habe ich große Sympathien für eine Patenschaft mit einem Schiff der Seenotrettung. Jede kreative Idee, die dazu führt, dass mehr Menschen aus der Seenotrettung bei uns aufgenommen werden und einen sicheren Hafen finden, lohnt es sich auszuprobieren.

4. Aufgrund von breiten Protesten hat die KölnMesse 2016 die künftige Vermietung von Messehallen an die Militär- und Rüstungsmesse „ITEC“ abgesagt. Weiterhin findet aber in Köln Werbung für die Bundeswehr unter anderem auf Plakatwänden im öffentlichen Raum, der Computerspielemesse „Gamescom“ sowie auf der Bildungsmesse „Didacta“ statt.

Dies ist auch vor dem Hintergrund problematisch, dass Deutschland zu der Minderheit von nur 46 Staaten gehört, in der Minderjährige für den Dienst an Waffe angeworben und rekrutiert werden.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes hat in seiner Empfehlung an Deutschland besorgt gezeigt über „verschiedene Werbekampagnen für die Streitkräfte, die insbesondere auf Kinder abzielen, sowie die Präsenz von Vertretern der Streitkräfte im schulischen Bereich, die mit Schülerinnen und Schülern sprechen und Aktivitäten organisieren“ und empfiehlt: „...dass der Vertragsstaat: a) das Mindestalter der Rekrutierung für die Streitkräfte auf 18 Jahre festlegt b) alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen, verbietet...“ (<https://www.tdh.de/fileadmin/>)

Die Plakatwerbung basiert auf Verträgen der Stadt Köln mit bspw. der Ströer-Gruppe und erfolgt oft im unmittelbaren Umfeld von Kinder- und Jugendeinrichtungen.

Wie stehen sie zur Rekrutierung Minderjähriger sowie der Beteiligung der Bundeswehr an der Gamescom und der Bildungsmesse „Didacta“ und was gedenken Sie zu tun, um den Empfehlungen des UN-Ausschusses gerecht zu werden?

Meiner Meinung nach hat die Bundeswehr weder an Schulen noch in Kinder- und Jugendeinrichtungen etwas zu suchen. Ein Problem in der Bekämpfung dieses Missbrauchs des städt. Einflusses ist es, dass die Stadt sich da äußerst bedeckt hält, was wann stattgefunden hat. Wir haben über Anfragen versucht, Licht in das Dunkel zu bringen, konnten aber wenig herausfinden.

Der Hinweis auf die klare Haltung des UN-Ausschusses dazu ist hilfreich. Als Oberbürgermeister würde ich meinen Einfluss bei der Messe einsetzen, um die Bundeswehr von dort zu verbannen. Ich würde auch den bestehenden Werbenutzungsvertrag juristisch dahingehend prüfen lassen, inwieweit man diese Werbung aus dem Stadtbild verbannen kann. Auch wenn ich nicht gewählt werde, werde ich an diesen Themen im Stadtrat weiterarbeiten.

5. Wie sollte die Stadt Köln darüber hinaus Abrüstung, Frieden und Völkerverständigung stärken?

In Köln leben Menschen über 180 Nationen. Viele haben noch starke Bindungen an das Land, aus dem sie oder ihre Familie ursprünglich kamen. Einige tragen auch die Konflikte aus ihren Heimatländern mit sich. Diese entzündeten sich hier an Ereignissen wie dem Versuch ein Denkmal für den Völkermord an den Armeniern aufzustellen. Als Oberbürgermeister sähe ich meine Aufgabe auch darin, solche Konflikte zu moderieren und einen Beitrag zu leisten, sie entschärfen.